

in menschenunwürdige Lebenslagen zwingt, um seine Forderungen einzutreiben.

▲ Hinzu kommt, dass Kleve die Marktwirtschaft zwar über Angebot und Nachfrage definiert, in Bezug auf die Soziale Arbeit aber übersieht, dass der Soziale Markt „ein Pseudomarkt ist, bei dem es keineswegs nach Angebot und Nachfrage geht, sondern vom ‚Käufer‘ Preise und Bedingungen einfach gesetzt werden können“ (Messmer 2007, S. 10, Schipmann 2006, S. 102).

3 Behauptung: Der Transformationsprozess der Sozialen Arbeit in einen Markt war und ist zwangsläufig und unvermeidbar | Kleve argu-

mentiert: Da die Soziale Arbeit nicht außerhalb des Systems Wirtschaft stehen könne, muss sie sich ihm beugen. Das heißt, sie muss auch die neoliberalen Gesetze für sich akzeptieren. Sozialmanagement sei in diesem Kontext das legitime Mittel der Gestaltung des Sozialen (Kleve 2015, S. 124 f.). Die Betriebswirtschaft wird in diesem Prozess zur wissenschaftlichen Leitdisziplin sämtlicher gesellschaftlicher Aktivitäten.

Gegenthesen ▲ Die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung für die Soziale Arbeit und die anderen ehemaligen „Non-Profit-Bereiche“ hat weder den Charakter eines Naturereignisses noch ist sie eine zwingende, zum Beispiel aus der Weiterentwicklung der Produktionskräfte folgende historische Entwicklung. Sie ist Folge politischer Entscheidungen derer, die von einer neoliberalen Politik und Wirtschaft profitieren. Sie ist direkte Folge des Beschlusses der europäischen Staats- und Regierungschefs in Portugal, die EU bis zum Jahr 2010 zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Welt“ (Dahme; Wohlfahrt 2005, S. 12) zu machen, mithilfe der neoliberalen Wirtschaftsdeologie und -praxis neu zu gestalten und alle Bereiche der Gesellschaft in einen kapitalistischen Markt umzuwandeln. ▲ Mit der Aussage, diese Transformation sei notwendig, macht sich Kleve zum Verfechter einer Nachrangigkeit der inhaltlichen und ethischen Fragen. Entscheidend ist damit für ihn vielmehr, ob das Prinzip von Effizienz und Sparsamkeit beachtet wird.

4 Behauptung: Die Unvermeidbarkeit des Transformationsprozesses der Sozialen Arbeit macht es überflüssig, über die Folgen und Intentionen dieser „Reform“ nachzudenken |

Über „die intendierten und nichtintendierten Effekte

Streikrecht

Der wochenlange Streik in vielen Kitas und anderen sozialen Einrichtungen hat im Mai und Juni die Nerven vieler Beteiligten arg strapaziert, von Eltern und Kindern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nur eine Gruppe zeigt sich offenbar wenig beeindruckt, und das sind die politisch Verantwortlichen. Wie anders ist der Schlichtungsvorschlag zu erklären, den der frühere hannoversche Oberbürgermeister *Herbert Schmalstieg* und die ehemalige sächsische Ministerpräsidentin *Georg Milbradt* am 23. Juni vorgelegt haben: Um durchschnittlich rund 3 Prozent sollen die Gehälter für diese sozialen Dienstleistungen steigen – das ist eine Ohrfeige für die Beschäftigten. Dennoch signalisierten die Kommunen umgehend, dass dies aber auch wirklich die absolute Grenze der Belastbarkeit für sie sei.

Unbestritten ist, dass viele Kommunen selbst in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben und insofern wenig Verteilungsspielraum haben. Umso mehr politischen und öffentlichen Druck sollten sie deshalb aber erzeugen, um ihren Partnern und Parteifreunden auf Landes- und Bundesebene unmissverständlich deutlich zu machen, dass diese menschennahen, sozialen Dienstleistungen dringend einer fairen Bezahlung bedürfen – und die Kommunen deshalb ihrerseits finanziell besser ausgestattet werden müssen.

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung hat die unverändert schwache Verhandlungsposition der Erziehungs- und Sozialberufe offenbar schon vorhergesehen. Sie prognostiziert die Lohnentwicklung aller Wirtschaftszeige von 2012 bis 2020 und sieht die Gesundheits- und Sozialberufe auf dem vorletzten Platz. Nur um 1,10 Euro soll demnach der durchschnittliche Stundenlohn von Erzieherinnen und Sozialarbeitern bis 2020 steigen. Die Spitzenreiter in der Chemie und Pharmazie dürfen sich dagegen auf 6,50 Euro mehr Stundenlohn freuen.

Der Streik vom Mai war bereits ein Kraftakt – auch psychologisch, denn welche Erzieherin lässt ihre Kinder und deren Eltern schon gern vor der Tür stehen? Aber wie es aussieht, könnten sie schon bald wieder in den Ausstand treten. Grund genug dafür hätten sie.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de